

Besetzungsgebühr
Herausgeber: Dr. C. C. C.
Königliche Hof- und Staatsdruckerei
Vertrieb: in Dresden, 11-12 Uhr Mitt.
in Leipzig, 9-10 Uhr Mitt.
in Berlin, 9-10 Uhr Mitt.
in Frankfurt a. M., 9-10 Uhr Mitt.
in Hamburg, 9-10 Uhr Mitt.
in Köln, 9-10 Uhr Mitt.
in München, 9-10 Uhr Mitt.
in Wien, 9-10 Uhr Mitt.
in Prag, 9-10 Uhr Mitt.
in Pest, 9-10 Uhr Mitt.
in Brüssel, 9-10 Uhr Mitt.
in London, 9-10 Uhr Mitt.
in New York, 9-10 Uhr Mitt.
in Philadelphia, 9-10 Uhr Mitt.
in Baltimore, 9-10 Uhr Mitt.
in Washington, 9-10 Uhr Mitt.
in St. Louis, 9-10 Uhr Mitt.
in Chicago, 9-10 Uhr Mitt.
in San Francisco, 9-10 Uhr Mitt.
in San Diego, 9-10 Uhr Mitt.
in Los Angeles, 9-10 Uhr Mitt.
in Portland, 9-10 Uhr Mitt.
in Seattle, 9-10 Uhr Mitt.
in Vancouver, 9-10 Uhr Mitt.
in Montreal, 9-10 Uhr Mitt.
in Toronto, 9-10 Uhr Mitt.
in Ottawa, 9-10 Uhr Mitt.
in Quebec, 9-10 Uhr Mitt.
in Halifax, 9-10 Uhr Mitt.
in Boston, 9-10 Uhr Mitt.
in New Orleans, 9-10 Uhr Mitt.
in Mobile, 9-10 Uhr Mitt.
in Savannah, 9-10 Uhr Mitt.
in Charleston, 9-10 Uhr Mitt.
in Richmond, 9-10 Uhr Mitt.
in Norfolk, 9-10 Uhr Mitt.
in Alexandria, 9-10 Uhr Mitt.
in New York, 9-10 Uhr Mitt.
in Philadelphia, 9-10 Uhr Mitt.
in Baltimore, 9-10 Uhr Mitt.
in Washington, 9-10 Uhr Mitt.
in St. Louis, 9-10 Uhr Mitt.
in Chicago, 9-10 Uhr Mitt.
in San Francisco, 9-10 Uhr Mitt.
in San Diego, 9-10 Uhr Mitt.
in Los Angeles, 9-10 Uhr Mitt.
in Portland, 9-10 Uhr Mitt.
in Seattle, 9-10 Uhr Mitt.
in Vancouver, 9-10 Uhr Mitt.
in Montreal, 9-10 Uhr Mitt.
in Toronto, 9-10 Uhr Mitt.
in Ottawa, 9-10 Uhr Mitt.
in Quebec, 9-10 Uhr Mitt.
in Halifax, 9-10 Uhr Mitt.
in Boston, 9-10 Uhr Mitt.
in New Orleans, 9-10 Uhr Mitt.
in Mobile, 9-10 Uhr Mitt.
in Savannah, 9-10 Uhr Mitt.
in Charleston, 9-10 Uhr Mitt.
in Richmond, 9-10 Uhr Mitt.
in Norfolk, 9-10 Uhr Mitt.
in Alexandria, 9-10 Uhr Mitt.

Dresdner Nachrichten

42. Jahrgang.

Konfirmanden - Anzüge,
große neueste Auswahl in schwarz, blau, braun Cheviot und Kam-
garra, solid ausgeführt, zu billigsten Preisen.
Schlafrock - Meyer, Frauenstrasse 7.

Dresden, 1897.

Von
**Wagen-, Billard-,
Uniform-,
Livrée-, Besatz-
und
Mützen-Tuchen**
in allen nur **echten**
Farben halt grösstes
Lager
Wilh. Böhme
Lokal:
Carl Lamprecht
Scheffelstrasse 6.

Lager-Tapeten
weit unter den sonst üblichen Verkaufspreisen geben jederzeit ab
Tapetenhaus **F. Schade & Co.** Victoriastr. 2

**Familien-
Stroh-
Schneider-
Sohlmacher-
Nähmaschinen**
H. Grossmann, Nähmaschinenfabr. Chemnitz-
strasse 26.
Waisenhausstr. 5, Striesenstr. 18.

**Echte
Elfenbein- (Elefanten-) Seife,**
überall bekannt und beliebt für Wasche und Haushalt.
à Stück 10 Pfg.
In allen einschlägigen Geschäften erhältlich.

**Regenschirme in grösster Auswahl. Schirmfabrik C. A. Petschke, Wilsdrufferstr. 17.
Annenstr. 9 (Stadthaus).**

Mr. 42. Spiegel: Sammlung der nationalen Parteien. Vornachrichten. Wohlthätig eits-Vazar. Melanchthon-Vorleser. Mathematische Witterung: Trübe, mild, Niederchläge. **Donnerstag, 11. Febr.**

Politisches.

Bei dem parlamentarischen Essen, das am Montag bei dem vormaligen Finanzminister von Miquel stattfand, hat Kaiser Wilhelm die Rückkehr zum Bismarck'schen Kartell, die Wiedervereinigung der nationalen Parteien, empfohlen. Indem der Monarch sehr energisch für die Verneuerung der Platte eintrat, bekräftigte er ein Zusammengehen der drei nationalen Parteien, der Konservativen, der Reichspartei und der Nationalliberalen Fraktion, im Reichstoge. Nur auf diesem Wege, meinte der Kaiser, könnten die großen patriotischen Aufgaben erfüllt werden; die feindlichen Fraktionsinteressen müssten amgefasst dieses hochwichtigen Zieles bei Seite gelassen werden. Die Nothwendigkeit eines engeren Zusammenflusses der nationalgefinnten Parteigruppen, wie er in vorbildlicher Weise in unferem engeren Vaterlande vornehmlich zur Abwehr der Umsturzbestrebungen besteht, ist an dieser Stelle oft und eindringlich dargelegt worden; es ist daher mit lebhafter Zustimmung zu begreifen, dass sie jetzt auch von dem Kaiser mit Nachdruck betont wird. Die Ursache der andauernden Zerfahrenheit und Unfruchtbarkeit unseres innerpolitischen Lebens ist vor Allem darin zu suchen, dass gerade diejenigen Elemente, denen in der Wahrung der großen nationalen Interessen, in der Förderung der allgemeinen Staatszwecke eine feste natürliche Grundlage zur Einigung und zu gemeinsamem Handeln gegeben ist, diese Grundlage außer Acht lassen und dafür die trennenden gegenseitlichen Parteiangeflichkeiten in den Vordergrund stellen. An den feindlichen „Fraktionsinteressen“ franken wir, und darum ist nicht eher eine Gesundung unierer politischen Verhältnisse zu erwarten, als bis sich die nationalen Parteien wieder ihrer Zusammengehörigkeit bewusst werden und zu der Ueberzeugung gelangt sind, dass sie nur durch die Bethätigung dieser Zusammengehörigkeit die höchste patriotische Pflicht erfüllen können, das Vaterland über die Partei, das allgemeine Wohl über die Sonderinteressen zu stellen.

Aber die Wiederverwirklichung des Kartellgedankens hat nach einer Voraussetzung, die seit dem Rücktritte des Fürsten Bismarck nicht vorhanden gewesen ist. Ohne die zielbewusste Mitwirkung, ohne die Initiative der Regierung kann ein Kartell der nationalen Parteien, wie es unter Kaiser Wilhelm nicht zu Stande kommen. Nur die Regierung vermag durch ein einheitlich geschlossenes und einheitlich vertretenes nationales Aktionsprogramm den gemeinsamen Boden zu schaffen, auf den sich die ehemaligen Kartellparteien wieder vereinigen können. Die den staatsbehaltenden Fraktionen gemeinsamen nationalen Grundanschauungen können nicht zu praktischer Geltung gelangen, wenn die Regierungspolitik nicht in klarer und entschiedener Weise die Basis gewährt, auf der sich der nationale Schanke wirksam erweisen kann. Das Bismarck'sche Kartell war nur möglich, weil es der große Kanzler in der Zeit, wo nationale Interessen auf dem Spiele standen, mit genialer Blide verstand, die rechte Einigungsformel für den engen Zusammenchluss der staatsbehaltenden Faktoren zu finden und weil unter seinem Regimente die Regierungspolitik, für deren zuverlässige Unterstützung das Bündnis der Konservativen, Freikonserativen und Nationalliberalen den festen Kern bildete, fest einheitlich, energisch und mit einem bis her unerreichten parlamentarischen Geschick vertreten und durchgeführt wurde. Seit Bismarck's Rücktritte ist von der Regierung nicht einmal der Versuch zu einer Sammlung der nationalen Parteien gemacht worden. Unter der Reichskanzlerschaft Caprivi's war es im Gegenstheil zur Regierungsmaxime erhoben worden, die Unterstützung zu nehmen, wo man sie gerade fand. Die Folgen waren der beständige Wechsel der Regierungsmehrheiten und die Zerfahrenheit und Zerstückelung der Parteien, die schließlich zu einem wilden Reize Aller gegen Alle ausartete.

Aus der eigenen Initiative der ehemaligen Kartellparteien ist ein Wiederzusammenchluss der nationalen Kräfte nicht zu erwarten. Den Krisenfallpunkt für die Sammlung kann nur die Regierung geben, aber freilich nur eine Regierung, die mit einem einheitlichen Willen und mit der vollen Energie der Ueberzeugung die Führung des national gefinnten Theils des deutschen Volks zu übernehmen vermag. Der Generalmarsch für diese Sammlung muß von der Regierung geschloffen werden; nur durch eine kraftvolle Regierungspolitik, die zur Entscheidung großer brennender Fragen des Staatslebens auftritt und die staatsbehaltenden Elemente von denen der Verneuerung und Zerfahrenheit trennt, kann der Zerfall der nationalen Parteien ein Ende gemacht und deren dauerndes Zusammenwirken auf der ganzen Linie der Politik wieder angebahnt werden. Bisher freilich hat die Berliner Regierung in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung nicht bewiesen, dass sie den Muth, die Entschlossenheit, das Geschick und vor Allem die Kraft der Einheitlichkeit besitzt, um die unerlässlichen Voraussetzungen für die Wiedererweckung eines lebensfähigen Kartells zu begründen. Allerdings hat der Reichskanzler Fürst Hohenlohe wiederholt die Einheitlichkeit des Regierungswillens bekräftigt. Vor Kurzem noch erklärte er, dass „in allen politischen Grundanschauungen vollkommene Uebereinstimmung in dem Ministerium besteht.“ Wie es aber in Wirklichkeit damit bechaffen sein dürfte, ist durch zwei Erklärungen drastisch illustriert worden, die jedoch hinter einander von zwei Mitgliedern des Ministeriums Hohenlohe abgegeben worden sind. Am 1. Februar folgte der Landwirtschaftsminister Freiherr v. Hammerstein im preussischen Abgeordneten-

hause: „Ich habe niemals ein Wort daraus gemacht, dass ich ein Gegner der Handelsverträge gewesen bin. Ich habe das ja bei jeder Gelegenheit ausgesprochen, ja, ich habe sogar, ehe ich die Ehre hatte, preussischer Minister zu werden, sowohl den Abschluss der Verträge bekämpft, wie gegen deren materiellen Inhalt Bedenken erhoben. Mir erscheint es bedenklich, beim Abschluss der Handelsverträge sich in wirtschaftlicher Beziehung so zu binden, wie das geschehen ist.“ Am 5. Februar bemerkte der Kollege des Landwirtschaftsministers, der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Freiherr Marschall v. Bieberstein: „Ich erkläre hier, dass ich nach wie vor die Handelsverträge für gut und nützlich erachte.“ Die Thatsache, dass Gegenstände von grundsätzlicher Bedeutung, wie sie hier deutlich ausgesprochen sind, innerhalb der Berliner Regierung obwalten, wird nicht minder durch den Umstand erhellt, dass Erklärungen vom Regierungstische bald durch den demonstrativen Verfall, bald durch das Führen der demokratischen und antinationalen Parteien ausgeglichen werden.

Die besten Absichten unierer Kaisers sind unausgeführt geblieben, weil die Mitwirkung derjenigen fehlte, die in erster Linie dazu berufen sind. So ist vor Allem über wiederholte und eindringliche Appell unierer Kaisers zur Vereinigung aller staatsbehaltenden Elemente gegen die Umsturzpartei wirkungslos verhallt, weil die Regierung sich nicht die Kraft zutraut, die ihr zugedachte Aufgabe zu vollbringen oder sich wenigstens zu einer grundsätzlichen Stellungnahme gegenüber der revolutionären Gefahr aufzurufen. Nicht besser könnte die in Aussicht stehende Reichstagswahlkampagne eingeleitet werden, als wenn die drei nationalen Parteien, die Konservativen, die Freikonserativen und die Nationalliberalen, der Aufforderung des Kaisers entsprechen und sich zur Erfüllung der großen patriotischen Aufgaben fest zusammenschließen würden. In dem Augenblicke, wo dies geschieht, werden die trennenden Gegensätze, die feindlichen Fraktionsinteressen vergessen werden, vor dem weit wichtigeren Gegensatze: national oder nicht, staatsbehaltend oder nicht, laizetair oder nicht. Aber der Kartellgedanke Kaiser Wilhelm's wird ein schöner Traum bleiben, wenn auch diesmal die Regierung nicht der allerhöchsten Initiative Rechnung trägt, wenn sie zur Wiedervereinigung der nationalen Parteien nicht die thätigste Führung übernimmt, sondern sich von ihrer Verantwortlichkeit wieder mit der vorhandenen Zerplitterung und Zerfahrenheit dieser Parteien zu entlasten sucht.

Kernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 10. Februar.

Berlin, Reichstag. Eingegangen ist das Schlussprotokoll über die Verhandlungen mit England, sowie die Berendung über die Angelegenheiten von Kalkedon. Die Berliner Vitterkonvention wird ebenfalls genehmigt, ein Antrag auf Zulassung freirechtlicher Verfolgung des Abg. Sigl wegen Verleumdung abgelehnt und sodann die erste Beratung des Entwurfs eines Handelsgelehrbuchs fertiggestellt. — Abg. Böhmann (antilib.): Auch meine Freunde bezeichnen den Entwurf als eine vortheilhafte Arbeit; auch da, wo widerstrebende Interessen vorliegen, hat er im Allgemeinen die richtige Mittellinie gefunden. Besser wäre es vielleicht, die Handwerker wieder ganz aus dem Handelsgelehrbuch herauszubringen, da für sie die Vortheile überwiegen dürften. In Bezug auf die Unterstellung der Bauunternehmer unter dieses Gelehrbuch, so dem Entwurfe nur zustimmen. Was die landwirtschaftlichen Industriegebiete anbelangt, so würde die vertheidigende Eintragung von Brennereien und Zuckerfabriken schon mit Rücksicht auf die Handelskraft durchaus zweckmäßig für Handwerker und sonstige Kleinrentner sein. Die Grenze für den Nachtrag nicht von den Landesregierungen, sondern reichsrechtlich festzusetzen, sonst werde die Grenze in jedem einzelnen Staate anders gezogen werden. Neben wünscht eine Bestimmung, dass den Gelehrten die nötige Zeit gelassen werde, sich eine neue Stelle zu suchen. Zu vernünftigen sei jener eine positive Bestimmung bei den Vorschriften über die Kündigung, inwieweit darauf die Leistung einer militärischen Dienstpflicht von Einfluss sei. Eine Konkurrenzklause halte er überhaupt nur da für berechtigt, wo wirkliche Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse zu wahren sind, dagegen sei sie nicht berechtigt, bloß um eine Konkurrenz abzuwehren. Dass man Kleinrentner durch eine solche Klausel überhaupt nur besser beschützen Angehten aufzulegen werden. Das Verlangen der Grundstücksbesitzer, wieder in das Handelsgelehrbuch hineinzukommen, sei durchaus berechtigt. Sehr anerkennenswerth ist die Neuregelung des Aktienrechtes, besonders auch die den Revisoren gewährte größere Selbstständigkeit, doch sehe man nicht ein, weshalb der Richter nicht berechtigt sein sollte, auch Kaufleuten gegenüber eingegangene Konventionalkosten herabzusetzen. Alles in Allem sei der Entwurf ein Fortschritt in dem weiteren Ausbau unierer Rechts. (Beifall). — Abg. Stadthagen (soz.): Der Entwurf nimmt zu sehr die kapitalistischen Interessen wahr. Weshalb will man den Großgrundbesitzern bei industriellen Betrieben nicht auch die Rechte des Kaufmanns auflegen, da sie sich doch die Rechte des Kaufmanns nehmen, sich sogar als Oberpolitiken in Börsenangelegenheiten einmischen wollen? Offenbar wollen die Herren für sich von der konfuzrechtlichen Bestimmung, die für Kaufleute gilt, nichts wissen. Ferner hätte die Regierung den Kartellen mehr zu Liebe geben müssen. Auch das Gesetz für die Rechte der Seelerie hätte dringend einer Regelung bedurft. Ganz zu verwirren sei die Bestimmung, wonach im Zweifelsfalle Handelsagenten nicht Geld bei den Kunden erheben dürfen. Die Handlungsgehilfen entbehren in dem Entwurfe völlig der Rechtssicherheit; Arbeitszeit und Dienstleistungsdienste müssten genau festgelegt werden. Durch die Konkurrenzklause werde die Freiheit des Einzelnen in ganz unzulässiger Weise beeinträchtigt. Vor Allem fordere seine Freunde, dass zur Entscheidung von Streitigkeiten zwischen Angehten und Prinzipalen eigene gerichtliche Instanzen gebildet werden. — Abg. v. Werder (soz.): Die Grundbesitzer haben allerdings Vöcher, seien auch im Interesse einer geordneten Wirtschaftsführung dazu gezwungen, aber die Durchführung erwerbe von Jahr zu Jahr mehr, dass bei der

Landwirtschaft eine Rente nicht herauskomme. Neben wünscht Erleichterung für die landwirtschaftlichen Genossenschaften, rechtferdig die der Landwirtschaft in § 3 gewährte Sonderstellung und wünscht, dass in § 311 im Einklang mit dem Bürgerlichen Gesetzbuche die Höhe des geschätzten Zinsfußes bei Handelsgelehrten von 5 auf 4 Proz. herabgesetzt werde. Eine Verlesung von Lagerrechten, wie sie jetzt v. Jrege als wünschenswert auch für die Landwirtschaft angedeutet habe, würde letztere als Segen nicht ansehen. — Abg. Benzmann (Frei. Volksp.) entnimmt den Ausführungen des Vortragedes sowie den geistigen Worten des Abg. Gump, als ob ein agrarischer Instanz gegen diesen Entwurf geplant sei, und erklärt namens seiner Partei, dass sie der Bestimmung zustimme, wonach ein Kleinrentner niemals auch nicht durch seinen gesetzlichen Vertreter, durch eine Konkurrenzklause verpflichtet werden soll. Ein gutes Gesetz höre er umso mehr, als in der Kommission diesmal auch Kaufleute sitzen, die den Einfluss der Juristen ausgleichen würden. (Heiterkeit). — Abg. v. Werder (soz.) verwahrt sich dagegen, einen agrarischen Instanz in Aussicht gestellt zu haben, er habe vielmehr nur eine bezügliche geistige Ankerung v. Jrege's kommentirt. — Der Entwurf wird einer besonderen Kommission überwiehen. — Es folgt ein Antrag der Kommission zur Vorberatung der Unfallversicherungsreform, die Regierung um eine Vorlage betreffend Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Strafgefangenen zu eruchen. — Abg. Welsch (Antil.) erklärt, den Antrag ablehnen zu müssen, sein ganzes sittliches Empfinden bürme sich dagegen auf, die Wohlthaten der Unfallversicherung auch den Strafgefangenen zuzuwenden (Lachen links), also Leuten, die nie aus unserer Gemeinschaft ausgestoßen haben. — Abg. v. Hüllinghult (Centr.): Es handelt sich nicht um eine Wohlthat, sondern um eine Konsequenz der Haftpflicht. Es wäre unbillig, die Strafe zu vermindern dadurch, dass wir den Gefangenen, der bestraft wird, der Möglichkeit einer etwaigen Erwerbsunfähigkeit aussetzen. (Sehr richtig). — Staatssekretär v. Bötticher: Die Unfallversicherung für Strafgefangene steht auf unielem sozialpolitischen Programm; ein Entwurf war schon ausgearbeitet, liegt aber im preussischen Ministerium des Innern auf Bedenken. Viele sind in auch nicht ganz unberechtigt. Herr Welsch interpretirt allerdings die laiterliche Hofschaff zu eng. — Der Antrag der Kommission wird gegen die Stimme Welsch's angenommen. — Morgen: Antrag Rier betr. Maximalarbeitszeit; Petitionen.

Berlin. Das Abgeordnetenhaus, dem ein Nachtrag zum Verordnungsdekret für die Lehrer an höheren Unterrichtsanstalten zugegangen ist, begann die Beratung des Etats des Innern, wobei sich eine lebhaftere Debatte entwickelte. Abg. Joesel (Frei. Volksp.) wandte sich in scharfer Weise gegen die Polenpolitik der Regierung. Unter dem Vorbegeh, das Deutschtum zu fördern, werde ein Chauvinismus geübt, der das Deutschtum nur schädige. Statt eines Erlasses der Regierung an ihre Beamten, nach dem Vorgehens des Erbprinzen von Polen, der seinen Geistlichen strengste Gerechtigkeit anbefohlen habe, sei die Polener Farbenverordnung gekommen. v. Carnap hätte schon längst vor der Polenka-Maire aus dem Amte entfernt werden müssen. Abg. v. Tiedemann (Frei. Volksp.) erwidert, Herr v. Carnap habe sich durchaus korrekt und schneidig benommen, hätte das Gericht alle Thatsachen gekannt, so wäre die Entscheidung wohl etwas anders ausgefallen. Der Erbprinze habe bei allen national gefinnten Deutschen in der Provinz lebhafteste Befriedigung hervorgerufen. Abg. v. Jagemann (Centr.) macht den Minister des Innern, vornehmlich aber den Verein zur Förderung des Deutschtums für die Vertheidigung der nationalen Gemüthe in der Provinz Polen verantwortlich. Minister Freiherr v. v. Hede stellte an der Hand allerhand Ueberungen in der polnischen Presse und in polnischen Versammlungen fest, dass es die Polen sind, welche den Deutschen hören. Die Farbenverordnung sei erlassen worden um zu zeigen, dass Polen unüberwindlich zu Preußen gehöre und dass die Regierung genötigt ist, allen Gegenagitationen unanschuldlich entgegen zu treten. Abg. Graf Limburg-Solim (soz.) bedauert es, dass der Reichskanzler im Reichstoge auf die Polenfrage sich überhaupt eingelassen habe. Diese gebe als rein preussische Angelegenheit den Reichstog gar nichts an. Das Aufkochen des polnischen Anarchismus sei auf die Ernennung des Herrn v. Stabinski, der hier von allen Polen die schärfsten Reden gehalten habe, zum Erbprinzen von Polen zurückzuführen, womit er keineswegs sagen wolle, dass der Erbprinze sein hohes Amt zur Förderung der arypolitischen Agitation benutze. Gegen die Polenpolitik der Regierung wachen noch die Abg. v. Gatzlinski und Schröder (Polen), Joesel (Frei. Volksp.), und Freiherr v. Herremann (Centr.), während Abg. Dr. Sattler (nl.) für energische Niederschlagung der großpolnischen Agitation eintrat. Weiterberatung morgen.

Berlin. Das Ergebnis der deutsch-russischen Zollverhandlungen liegt in einem sehr untergeordneten Schlussprotokoll vor, welches im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht wird. Darnach beziehen sich die getroffenen Vereinbarungen auf veterinäre Fragen, den gegenseitigen Nachrichten-Austausch, Fragen des Zollverkehrs, die Fischschifffahrt, Passirermatitäten und Grenzbeziehungen. Hinsichtlich der veterinären Fragen heist es in dem Protokoll, die russische Regierung habe den Wunsch ausgesprochen, sich mit der deutschen Regierung über die Bedingungen und Vorschriften zu einigen, unter denen lebende Thiere, Fleisch, sowie gewisse tierische und für Thiere bestimmte Erzeugnisse wenigstens in einem gewissen Umfange zur Einfuhr nach und zur Durchfuhr durch Deutschland zugelassen werden könnten. Die deutsche Regierung sieht sich mit Rücksicht auf den gegenwärtigen Zustand der veterinären Einrichtungen in Russland nicht in der Lage, die in veterinärer Hinsicht erlassenen allgemeinen Maßnahmen, einschließlich der Sperre gegen rohes Schweißfleisch, zurückzunehmen. Was die von der russischen Delegation angeworfene Frage anlangt, ob die Zahl der in Ueberfließen zugelassenen lebenden Schweine nicht wieder auf die früherer Höhe gebracht werden könne, so glaubt die deutsche Regierung in Anbetracht der Gesichtspunkte, auf denen diese Zulassung beruht, sich, so lange die allgemeine Sperre in Kraft bleibt, voll und ganz Verfügungsbereit hinsichtlich der zugelassenen oder zuzulassenden Anzahl vorbehalten zu wollen. Die deutsche Regierung wird indessen, sobald die von den maßgebenden Männern in Russland selbst für notwendig erachtete Reorganisation des Veterinärwesens beendet sein wird, es nicht ablehnen, die Fragen der Ein- und Durchfuhr russischen Fleisches und Fleisches nach und bezw. durch Deutschland in erneute Erwägung zu ziehen. Für den Augenblick hat die deutsche Regierung sich darauf beschränken müssen, die Zulassung einiger Fleischsorten und Ausnahmen zu Gunsten der Grenzverkehrsbeziehungen herbeizuführen. Bezüglich der Grenzbeziehungen will man sich u. A. darüber einigen, dass die russischen Arbeiter, welche nach Deutschland

**Spind's & Kesselsche
Gießerei
Dresdner Molkelei
Gbr. Spind, Bahndr. 79.**